

<b>Lohnpolitik:</b>	
Deutschland schadet dem Euro	2
<b>Steuerpolitik:</b>	
Der Staat verzichtet auf Milliarden	3
<b>Rente:</b>	
Altersübergang – Lücken kaum zu schließen	4
<b>Armut: Deutschland – Ohne Job arm dran</b>	6
<b>Arbeitsbedingungen:</b>	
Kostendruck dominiert soziale Berufe	7
<b>TrendTableau</b>	8

## ARBEITSMARKT

# Endstation Minijob

**Besonders Ehefrauen erscheinen Minijobs als attraktive Möglichkeit, um vorübergehend Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Doch die Rückkehr in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist schwierig.**

Mehr als zwei Drittel der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sind Frauen, davon sind 84 Prozent verheiratet. Oberflächlich betrachtet haben sich viele Minijobberinnen aus freien Stücken für eine traditionelle Arbeitsteilung entschieden und sind damit auch zufrieden, zeigen die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von rund 2.000 Frauen mit Minijob-Erfahrung. Carsten Wippermann, Soziologie-Professor vom Delta-Institut für Sozial- und Ökologieforschung, hat im Auftrag des Bundesfamilienministeriums die Motive zu ergründen versucht, die besonders viele Gattinnen zum „Minijob pur“ greifen lassen.\*

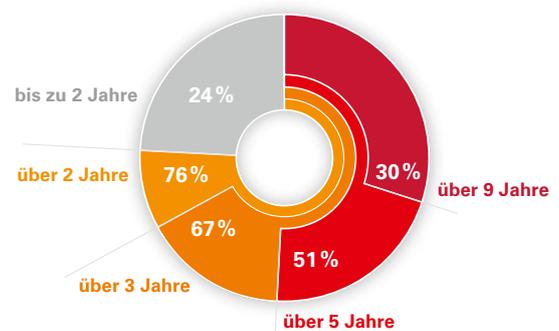
Gut die Hälfte der Frauen hat einen Minijob nicht als Brücke in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angenommen, so Wippermann. „Es wäre politisch fahrlässig und ist für die Frauen fatal, daraus zu folgern, Minijobs würden, so wie sie sind, den Bedürfnissen der Mehrheit der Frauen entsprechen“, warnt der Wissenschaftler. Gerade weil der „Minijob pur“ als Brücke in den regulären Arbeitsmarkt kaum taugt, könnten Frauen im Falle von Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Tod des Gatten nur schwer ihre eigene Existenz oder gar die ihrer Familie sichern. „Leben verlaufen heute aber nicht geradlinig, sondern berufliche und private Brüche und Perforationen im Lebenslauf sind normal.“

Mit zunehmender Dauer im Minijob merken Frauen, dass sie nicht mehr als qualifizierte Fachkraft gelten. 44 Prozent der ehemaligen Minijobberinnen haben diesen Eindruck. So wird die Hürde zu einer regulären Teilzeit- oder Vollzeitstelle immer höher – „ein Programm zur Erzeugung lebenslanger ökonomischer Ohnmacht und Abhängigkeit von Frauen“, fasst Wippermann zusammen. Vieles spreche dafür, dass ohne die Privilegierungen der Minijobs – beitragsfreie Krankenversicherung über den Partner, Befreiung von Steuern und Sozialabgaben – Frauen im Minijob eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit gleicher oder leicht höherer Stundenzahl angenommen hätten. Dann ließen sich Arbeitszeit und Verdienst später leichter aufstocken.

Frauen reflektierten zu Beginn des „Minijobs pur“ zu wenig ihre weiteren Erwerbschancen und ihre eigenständige

## Frauen in der Minijob-Falle

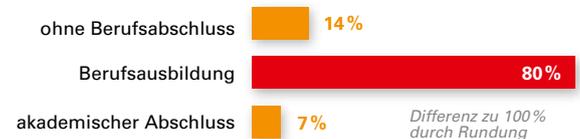
So lange arbeiten Frauen ausschließlich in Minijobs



Im Anschluss an ihren letzten Minijob waren Frauen ...



Höchster Bildungsabschluss von Minijobberinnen



Repräsentative Befragung von 2.061 Frauen mit Minijob-Erfahrung  
Quelle: Wippermann 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Alterssicherung, kritisiert der Soziologe. Es liege daher in der Verantwortung der Politik, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit Frauen Veränderungen in ihrem Lebenslauf möglichst gut bewältigen können. In ihrer jetzigen Form machten „die Anreizstrukturen des Minijobs indirekt die Ehe zu einem Risiko im Erwerbsverlauf von Frauen“.

\* Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Frauen im Minijob – Motive und (Fehl-)Anreize für die Aufnahme geringfügiger Beschäftigung im Lebenslauf, Oktober 2012  
Link zur Studie: boecklerimpuls.de

# Deutschland schadet dem Euro

Seit dem Beginn der Währungsunion sind die französischen Löhne im Einklang mit den Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung gestiegen. Anders in Deutschland: Hier verletzte die Lohnentwicklung das Preisziel der Europäischen Zentralbank.

Europa ist sich weiterhin uneinig darin, was die Eurokrise verursacht hat und wie sie zu bewältigen ist. Seit einer Weile kursieren Schaubilder aus einem Vortrag des Chefs der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, vor den Staats- und Regierungschefs der EU. Sie scheinen zu belegen, dass Länder mit einem Leistungsbilanzüberschuss wie Deutschland oder die Niederlande eine höhere Produktivität verzeichneten als Defizitstaaten wie Spanien oder Frankreich. Und vor allem: Die Löhne seien in Staaten mit einem Leistungsbilanzdefizit stärker gestiegen als in den Überschussländern.

Andrew Watt, Leiter des IMK, hat sich Draghis Grafiken genauer angeschaut.\* Sein Ergebnis: Der EZB-Präsident vergleicht Äpfel mit Birnen. „Draghis Produktivitätsmaß zeigt an, wie viel mehr ein durchschnittlicher Beschäftigter im Jahr 2012 real produziert hat, verglichen mit dem Jahr 2000“, erläutert Watt. „Bei der Lohnentwicklung hingegen zeigt Draghi nominale Werte – mit anderen Worten: Das Produktivitätsmaß berücksichtigt die Teuerungsrate, die Entgeltentwicklung tut dies nicht.“ Damit blende der EZB-Chef die schwache deutsche Lohnentwicklung aus, einen wichtigen Grund für die wirtschaftliche Instabilität des Euroraums – und führe Politiker auf einen gefährlichen Irrweg.

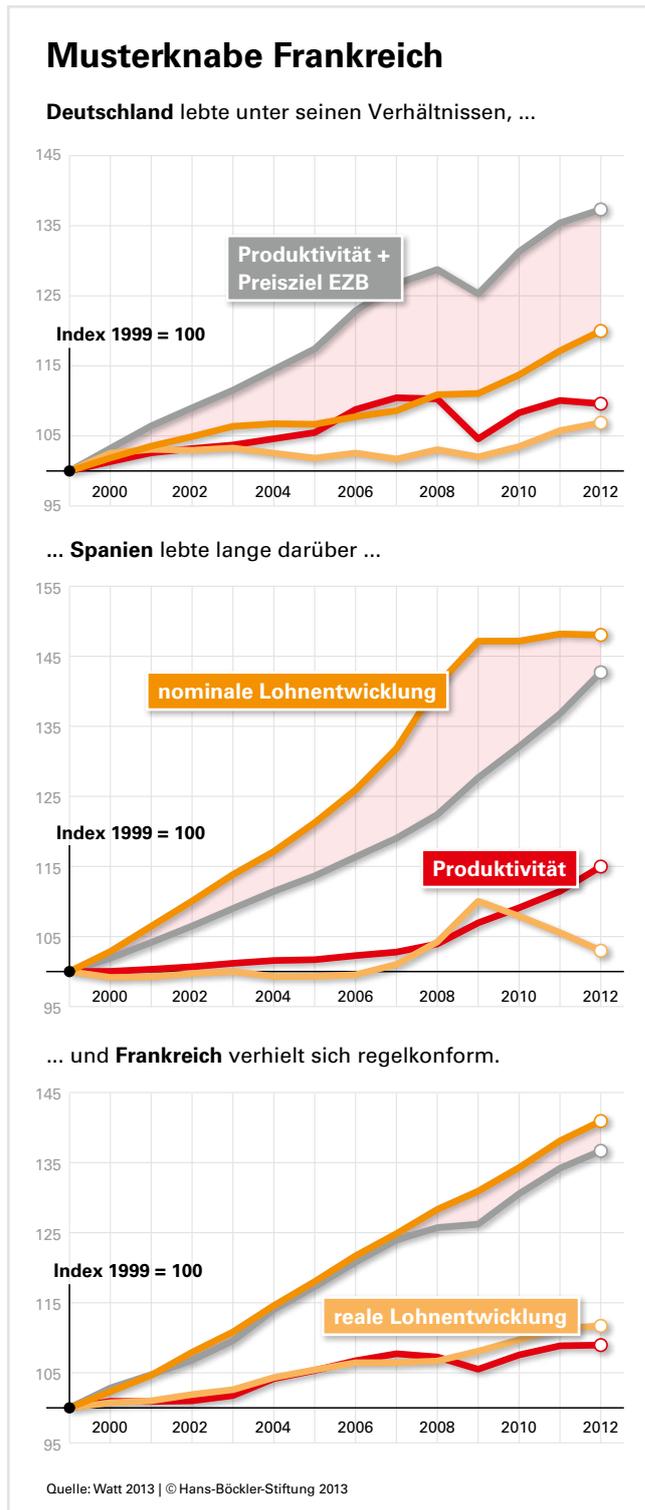
In einem Land, das die nominale Lohn- an die reale Produktivitätsentwicklung koppelt, würde der Anteil der Löhne am Volkseinkommen permanent zurückgehen, kritisiert der IMK-Forscher. Wäre die Inflation höher als der nominale Lohnzuwachs,

würden sogar die preisbereinigten Löhne fortlaufend sinken. Nur dort, wo die Reallöhne sich in Anlehnung an die Produktivität entwickeln, bleiben die Anteile der Arbeits- und der Kapitaleinkünfte am Volkseinkommen konstant.

Bei einer Inflationsrate im Einklang mit dem Preisziel der EZB – unter, aber in der Nähe von 2 Prozent – müsste die nominale Lohnentwicklung jährlich um etwa 1,9 Prozent höher als das Produktivitätswachstum sein, so Watt. Innerhalb der zwölf Jahre seit Beginn der Währungsunion wäre dieses Plus auf fast 28 Prozent angeschwollen.

Gute Nachrichten für das von Draghi an den Pranger gestellte Frankreich: Hier liegt der Unterschied zwischen nominalem Lohnwachstum und realer Produktivität bei 32 Prozent – „das Land erfüllt die Vorgaben also nahezu perfekt“, erläutert der Wissenschaftler. Auch in anderen Defizitländern würde sich der von Draghi monierte Wettbewerbsnachteil entsprechend reduzieren. Unter Berücksichtigung der Zielinflationsrate der EZB wäre er damit nicht verschwunden, aber um einiges kleiner.

Viel wichtiger jedoch: „Deutschland hat die Stabilitätsvorgaben für ein ausgeglichenes Wachstum in einer Währungsunion systematisch unterlaufen – und damit entscheidend zur Eurokrise beigetragen.“ Denn die deutschen Nominallöhne wuchsen über Jahre hinweg nur mit der realen Produktivität, also ohne jeglichen Inflationsausgleich. ◀



\* Quelle: Andrew Watt: Mario Draghi's Economic Ideology Revealed?, in: Social Europe Journal, 26. März 2013  
[Link zur Studie: boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Der Staat verzichtet auf Milliarden

**Aufgrund der Steuer- und Sozialreformen seit 1999 muss der deutsche Staat pro Jahr mit etwa 71 Milliarden Euro weniger auskommen. Dabei wurden die Steuern auf Vermögen und Kapitaleinkünfte deutlich stärker gesenkt als die auf Arbeitseinkommen.**

Im vergangenen Jahrzehnt erlebte das deutsche Abgabensystem mehrere Neuordnungen. In der Konsequenz haben die Reformen dazu geführt, dass die Finanzierung der Staatsausgaben die Einkommensungleichheit vertieft, wie eine aktuelle Studie der Wiener Ökonomin Margit Schratzenstaller für die Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt.\* Die Forscherin vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) hat dazu die Auswirkungen der jeweiligen Reform im ersten Jahr der vollen Wirksamkeit nach der Gesetzesänderung addiert. Die Einnahmen aus Einkommen- und Unternehmenssteuern sanken nach dieser Berechnung um 91,7 Milliarden Euro, die Belastung des Verbrauchs stieg dagegen um 40,7 Milliarden Euro. Gut die Hälfte der Mehreinnahmen aus Mehrwert- und Ökosteuer floss in die Senkung oder Stabilisierung der Sozialbeiträge. In der Summe fielen die Staatseinnahmen somit um 71 Milliarden Euro.

**Kapital am stärksten entlastet:** Laut der Studie sank die durchschnittliche effektive Belastung von Arbeitseinkommen zwischen 2000 und 2010 lediglich um 1,7 Prozentpunkte auf 37,4 Prozent. Der effektive Steuersatz auf Vermögen und Kapitaleinkünfte ging dagegen um 6,3 Prozentpunkte zurück. Der Satz von 20,7 Prozent lag damit 2010 um 7 Prozentpunkte unter dem EU15-Durchschnitt. Der Beitrag der Steuern auf Vermögen zum Staatshaushalt hat sich langfristig deutlich verringert, während die Vermögen gleichzeitig gestiegen und mittlerweile auch ungleicher verteilt sind. Schratzenstaller sieht die Ursache dafür in der mehrfachen Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze. Auch die Abschaffung beziehungsweise Aushöhlung vermögensbezogener Steuern wie der Börsenumsatzsteuer, der Vermögensteuer oder der Erbschaft- und Grundsteuer falle hier ins Gewicht.

**Trend zu indirekten Steuern:** Die Mehrwertsteuer entspricht mittlerweile rund einem Drittel des Gesamtsteueraufkommens und ist damit die Einzelsteuer mit dem größten Ertrag. Zudem ließ in den vergangenen Jahren die Ökosteuer das Gewicht der Energiesteuern steigen. Die indirekten Steuern insgesamt machten in den vergangenen beiden Jahrzehnten immer mindestens 40 Prozent des Gesamtsteueraufkommens aus. Die direkten Steuern haben dagegen kontinuierlich an Bedeutung verloren. Schratzenstaller merkt kritisch an, dass man diesen Trend als „Schwächung des Leistungsfähigkeitsprinzips“ sehen könne, da indirekte Steuern geringe Einkommen überdurchschnittlich stark belasteten.

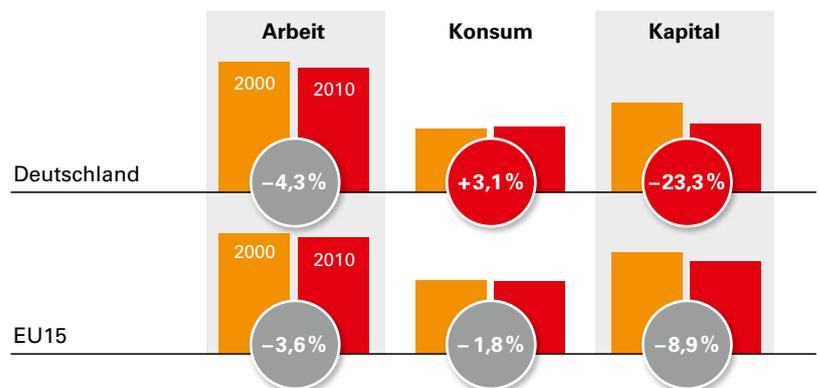
**Internationale Rahmenbedingungen:** Die Studie weist auch darauf hin, dass die Steuer- und Abgabenreformen in Deutschland nicht isoliert zu sehen sind, sondern europaweit zu beobachtenden Trends folgen. So sei in allen EU-Staaten

„ein deutlicher längerfristiger Rückgang der nominellen und effektiven Unternehmenssteuersätze sowie der Einkommensteuerspitzenätze zu beobachten“, erläutert die Steuerexpertin. Zudem gebe es einen EU-weiten Trend, die Besteuerung der Kapitaleinkommen aus der progressiven Einkommensbesteuerung herauszulösen. Die Politik könne solche Trends letztlich nicht ignorieren. So hätten sich empirische Indizien gehäuft, dass Unterschiede in den nationalen Steuersystemen durchaus einen gewissen Einfluss auf Standortentscheidungen von Unternehmen haben, vor allem aber die Verschiebung zu versteuernder Gewinne in niedriger besteuerte Länder auslösen.

**Lösungsansätze:** In einem Aufsatz für die Bundeszentrale für politische Bildung\* schlägt Schratzenstaller vor, das Steuersystem wieder stärker zur Umverteilung zu nutzen: Höhere Steuern auf Erbschaften und Schenkungen sowie Grund- und Immobilienvermögen seien dafür aufgrund ihrer „Wachstums- und Beschäftigungsverträglichkeit“ durchaus „geeignete steuerliche Instrumente“. Auch bei der Besteuerung von Kapitaleinkommen bestehe in Deutschland „Spielraum nach

## Deutschland: Kapitalsteuern gesenkt

Von 2000 bis 2010 veränderte sich die Steuerbelastung von ...



Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung Wien 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

oben“. Zudem könne der Staat das System besser nutzen, um etwa die Herausforderungen des Klimawandels anzugehen oder bei der Gleichstellung von Frauen Fortschritte zu erzielen. Ihr Fazit: „Auf dem Weg hin zu einem ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigeren Wachstums- und Entwicklungspfad sind viele Politikbereiche gefragt. Der Steuerpolitik kann und sollte jedoch künftig wieder eine aktivere Rolle zur Erreichung gesellschaftlicher Zielsetzungen zukommen.“ ◀

\* Quelle: Margit Schratzenstaller: Für einen produktiven und solide finanzierten Staat, Determinanten der Entwicklung der Abgaben in Deutschland – Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Januar 2013; dies.: Gesellschaftliche Steuerung durch Steuern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10–11/2013  
 Link zu den Studien: [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Altersübergang: Lücken kaum zu schließen

Mehrere Rentenreformen haben die gesetzlichen Möglichkeiten für einen flexiblen Renteneintritt stark eingeschränkt. Regelungen in Tarifverträgen oder im Betrieb können diese Einschränkungen nicht ausgleichen, warnen Wissenschaftler.

Lediglich neun Prozent der Neu-Rentner entsprechen dem Idealbild einer fortlaufenden Beschäftigung bis zur Regelaltersgrenze. Fast zwei Drittel aller Neu-Rentner gingen 2011 vorzeitig in den Ruhestand. Anders als früher gibt es allerdings nur noch wenige gesetzlich geregelte Möglichkeiten, vorzeitig oder gleitend vom Erwerbsleben in die Rente überzugehen, so die Sozialwissenschaftler Nobert Fröhler, Thilo Fehmel und Ute Klammer. Der Verlust an Flexibilität ist nach Analyse der Forscher von der Universität Duisburg-Essen ein Effekt der Renten- und Arbeitsmarktreformen, mit denen verschiedene Bundesregierungen in den vergangenen Jahrzehnten die Alterssicherung grundlegend umgestaltet haben. Ihr Ziel: Staatliche Ausgaben zu begrenzen, die Sozialabgaben langfristig stabil zu halten und angesichts des demografischen Wandels sicherzustellen, dass es genügend Arbeitskräfte gibt.

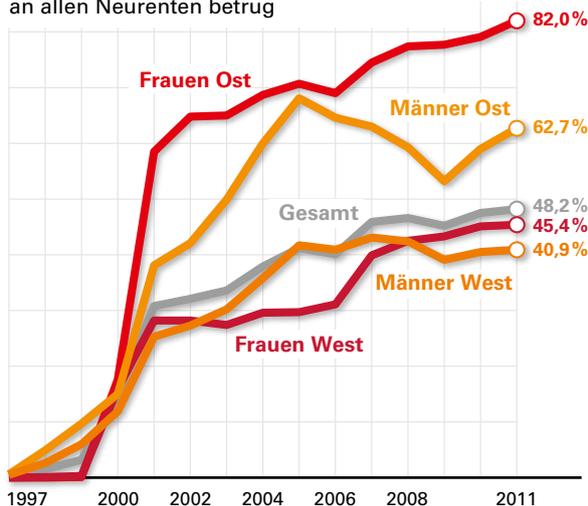
Mit den Reformen wurde der vorzeitige Erwerbsausstieg zunehmend erschwert: Die Altersgrenzen für den Bezug einer vorgezogenen Altersrente wurden angehoben und der vorzeitige Rentenbezug mit dauerhaften Abschlägen versehen. Die Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit, nach Altersteilzeit sowie der frühere Renteneintritt von Frauen wurden gänzlich abgeschafft und die Regelaltersgrenze wird schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Hinzu kommen die Abschaffung des Arbeitslosengeldes unter erleichterten Voraussetzungen („58er-Regelung“) Anfang 2008 und der geförderten Altersteilzeit Anfang 2010. Parallel dazu wurde mit den Hartz-Gesetzen der Erwerbsdruck auch und gerade auf Ältere massiv erhöht, so die Forscher. Schließlich führten die Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus und die Notwendigkeit verstärkter betrieblicher und privater Altersvorsorge dazu, dass sich die für die Finanzierung eines vorzeitigen oder gleitenden Erwerbsausstiegs zur Verfügung stehenden Mittel stetig verringern.

Nach Vorstellung der Politik sollen tarifliche oder betriebliche Regelungen den Rückzug des Staates kompensieren. Bislang „hat die ‚Entflexibilisierung‘ des staatlichen Rentenübergangs jedoch keine ‚Re-Flexibilisierung‘ auf kollektivvertraglicher Ebene nach sich gezogen“, resümieren Fröhler, Fehmel und Klammer in einer aktuellen Studie für die Hans-Böckler-Stiftung.\* Stattdessen haben immer weniger Beschäftigte überhaupt die Chance auf einen flexiblen Übergang in die Rente. Und selbst innerhalb dieser kleiner werdenden Gruppe sind die nun praktizierten Lösungen äußerst unterschiedlich. Die Forscher sehen darin eine Gefahr: Wenn das so bleibt, drohe sich die Lage künftiger Rentner deutlich zu verschlechtern, da betriebliche und tarifliche Lösungen gar nicht oder zu selten die Leistungskürzungen auffangen können. Für ihre Untersuchung haben die Forscher die tariflichen und betrieblichen Übergangsinstrumente analysiert, mit der WSI-Betriebsrätebefragung Daten erhoben sowie einzelne Branchen und Betriebe in Fallstudien untersucht.

Ein wesentliches Problem liegt der Studie zufolge darin, dass die gesetzlichen Regelungen zum flexiblen Rentenüber-

## Immer mehr ohne volle Rente

Der Anteil der Altersrenten mit Abschlag an allen Neurenten betrug



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

gang zu einer Zeit verschlechtert wurden, in der sich auch „Deregulierungstendenzen im System der industriellen Beziehungen“ stärker auswirkten: Immer weniger Beschäftigte fallen unter einen Flächentarifvertrag, gleichzeitig nimmt auch die Vertretung durch Betriebsräte ab. Insgesamt bewegen sich nur noch rund ein Drittel der Beschäftigten „in der ‚Kernzone‘ des dualen Verhandlungssystems aus Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung“, schreiben die Wissenschaftler. Die Mehrheit kann daher von tariflich oder betrieblich ausgehandelten Regelungen gar nicht profitieren.

Darüber hinaus unterscheiden sich die auf tariflicher und betrieblicher Ebene ausgehandelten Lösungen zum Teil erheblich:

**Zwischen Branchen:** Beim Zugang zu Übergangsinstrumenten wie Altersteilzeit oder Langzeitkonten spielt die Branche eine zentrale Rolle. Im Einzelhandel oder in der Textilindustrie existiert nach Auswertung der Forscher nicht eine tarifliche Regelung zum Rentenübergang. In der chemischen Industrie gibt es dagegen fünf tariflich regulierte Übergangsinstrumente, wobei tarifgebundene Unternehmen ihren Beschäftigten mindestens eine dieser Möglichkeiten anbieten müssen. Der Vergleich verschiedener Branchen zeigt zudem: Die Möglichkeiten für einen flexiblen Rentenübergang steigen mit der durchschnittlichen Betriebsgröße der jeweiligen Branche, der Tarifbindung, der Höhe der Löhne und der Verbreitung des Normalarbeitsverhältnisses – also mit Faktoren, die Verhandlungspositionen von Arbeitnehmern tendenziell stärken.

**Zwischen Betrieben:** Jedes vierte Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat bietet keinerlei Über-

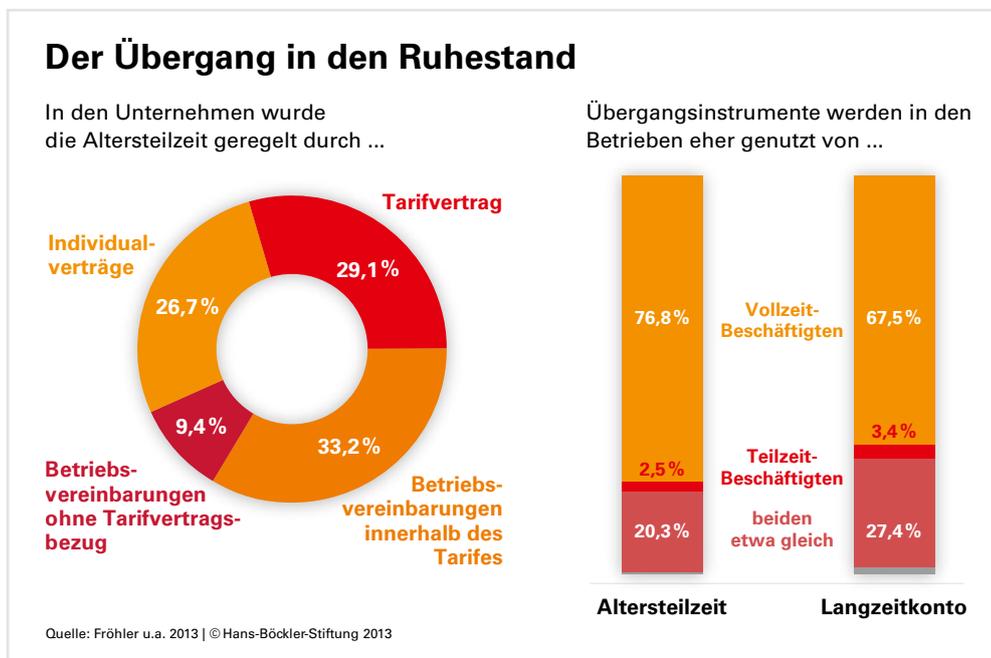
gangsinstrumente an. In den Betrieben mit einem Angebot haben die Beschäftigten meist nur dann einen Anspruch auf dessen Nutzung, wenn der entsprechende Tarifvertrag dies vorschreibt. Zudem schlage bei der konkreten Ausgestaltung im Betrieb die Dezentralisierung des Verhandlungssystems durch, konstatieren Fröhler, Fehmel und Klammer: Fast alle Tarifverträge seien relativ offen gestaltet und böten Optionen an, die in Betriebsvereinbarungen konkret ausgestaltet werden müssen. Viele enthielten zudem Öffnungsklauseln. Andere Tarifverträge, etwa zu Langzeitkonten, seien meist lediglich Rahmenvereinbarungen. Trotz der tariflichen Regelungen könne sich die Situation deshalb von Betrieb zu Betrieb deutlich unterscheiden. Die Untersuchung hat dabei gezeigt: Angebot und Qualität von betrieblichen Übergangsinstrumenten hängen zentral von der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens, der Betriebsgröße, der Tarifbindung und Existenz eines Betriebsrates sowie dem Anteil atypischer Beschäftigung ab.

#### Zwischen Beschäftigten:

Der Spielraum, den die Tarifverträge bieten, wird der Studie zufolge von den Betriebsparteien genutzt, um den Rentenübergang unternehmensspezifisch anzupassen. Dies führe zum Teil dazu, dass auch die Möglichkeiten von Beschäftigten im selben Betrieb äußerst unterschiedlich sein können. So würden etwa bestimmte Instrumente auf einzelne Beschäftigtengruppen begrenzt oder zumindest unterschiedlich attraktive Nutzungsbedingungen angeboten. Hinzu kommt: Beschäftigte handeln ihren flexiblen Übergang zunehmend individuell mit der Unternehmensführung aus. Aus ihren Befragungen ziehen die Wissenschaftler den Schluss, dass sich die Betriebsräte mit ihrem Aufgabenzuwachs häufig überfordert fühlen. Viele wünschten sich klarere Vorgaben durch den Gesetzgeber oder die Tarifparteien.

**Die Entflexibilisierung des Rentenübergangs stärkt die Arbeitgeber:** Während Unternehmen Personalanpassungen früher vor allem über den Vorruhestand gestalteten, greifen sie heute auf andere Strategien wie Ausgründungen, Verkauf oder Schließung von Unternehmensteilen zurück. Daher sei ihr Interesse an einer Gestaltung des flexiblen Rentenübergangs generell gesunken, konstatieren die Forscher. An einem Ausgleich der staatlichen Leistungseinschränkung sind sie mehrheitlich nicht interessiert. Strategische Zielperspektive der Arbeitgeber sei vielmehr eine stärkere Ausrichtung der Übergangsgestaltung an den personalpolitischen Bedürfnissen des einzelnen Unternehmens. Dies umfasse insbesondere die Senkung der Kosten für den Vorruhestand sowie die einseitige Auswahl der Beschäftigten, denen ein Übergangsangebot unterbreitet wird, durch das Unternehmen. Der staatliche Rückzug aus der Regulierung des Rentenübergangs komme diesen Interessen entgegen.

**Die Position der Beschäftigten wird dagegen geschwächt:** Um den Abbau des Vorruhestands, die Rente mit 67 und das mangelnde Interesse der Arbeitgeber auszugleichen, müssten Gewerkschaften und Betriebsräte in den Verhandlungen andere Forderungen – etwa nach mehr Lohn – zurückstellen, so die Forscher. Unter den Mitgliedern beziehungsweise den Beschäftigten würde dies auf erhebliche Widerstände stoßen.



Selbst in jenen Branchen, in denen die Gewerkschaften noch vergleichsweise stark sind, seien sie tendenziell damit überfordert, den staatlichen Rückzug angemessen auszugleichen. Das zeige sich beispielsweise daran, dass arbeitgeberfinanzierte Instrumente wie Altersteilzeit, Vorruhestandsregelungen oder Abfindungen zunehmend von Langzeitkonten, Teilrenten- oder Betriebsrentenmodellen ersetzt würden, für die vor allem die Beschäftigten finanziell aufkommen müssen.

**In der Folge steigt die Ungleichheit:** Die Studie zeigt auch, dass die Nutzung tariflicher und betrieblicher Übergangsinstrumente immer stärker vom Einkommen, von der Qualifikation und von der Arbeitsfähigkeit abhängt. Benachteiligt seien somit ausgerechnet jene Beschäftigtengruppen, die auch von den staatlichen Leistungseinschränkungen besonders betroffen sind: Geringverdiener, Geringqualifizierte, Frauen und Beschäftigte mit einem hohen Invaliditätsrisiko. „Neben der Gesetzgebung verlieren somit auch die Tarifpolitik und die betrieblichen Arbeitsbeziehungen zunehmend ihre verteilungspolitische Funktion“, so Fröhler, Fehmel und Klammer. Die Folgen der staatlichen Entflexibilisierungspolitik würden so noch verstärkt. Die Schlussfolgerung der Forscher: „Da Arbeitgeberverbände und Unternehmen einerseits nicht willens, Gewerkschaften und Betriebsräte andererseits größtenteils nicht in der Lage dazu sind, dieser Entwicklung entscheidend entgegenzuwirken, muss die Regulierung des Rentenübergangs auch in Zukunft vornehmlich Aufgabe staatlicher Sozialpolitik bleiben.“ ◀

\* Quelle: Norbert Fröhler, Thilo Fehmel, Ute Klammer: Flexibel in die Rente: Gesetzliche, tarifliche und betriebliche Perspektiven, Edition Sigma, Berlin 2013  
Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Deutschland: Ohne Job arm dran

Seit den Hartz-Reformen hat die Armut bei Menschen mit und ohne Job stark zugenommen. Auch wenn die Armutsquote unter Arbeitslosen in jüngster Zeit leicht rückläufig war.

Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in diesem Jahr einen neuen Rekordstand erreichen. Doch die guten Nachrichten vom Arbeitsmarkt haben eine Schattenseite, sagt WSI-Forscher Eric Seils\*: „Der Anteil der Armen in der Erwerbsbevölkerung ist heute deutlich höher als 2004. Das gilt sowohl für Beschäftigte als auch für Arbeitslose.“

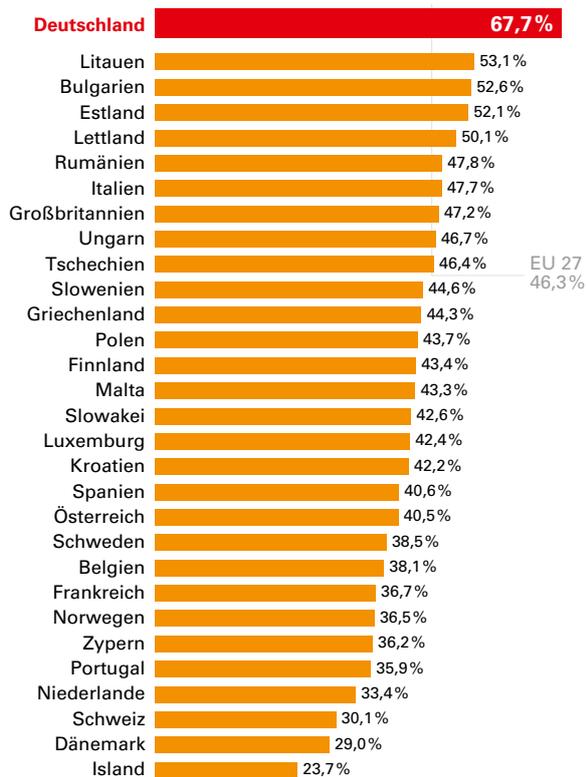
**Bei der Arbeitsarmut im europäischen Mittelfeld.** Der Sozialwissenschaftler hat die neuesten verfügbaren Zahlen aus der EU-weiten Erhebung von Armutsdaten ausgewertet. 2010 waren laut EU-Statistikbehörde Eurostat in Deutschland 7,7 Prozent der Erwerbstätigen von Arbeitsarmut bedroht. Das heißt, ihnen standen weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens zur Verfügung – das ist die gängige wissenschaftliche Schwelle der „Armutgefährdung“. In Deutschland liegt sie für einen Alleinstehenden bei 952 Euro im Monat. Im Vergleich zu 2004 ist die Quote der „Working Poor“ um 2,9 Prozentpunkte oder fast 38 Prozent gestiegen. Im Durchschnitt der EU blieb sie laut Eurostat hingegen seit 2004 stabil, im Mittel des Euroraums nahm sie um 1,4 Prozentpunkte zu. Der überdurchschnittliche Anstieg führte dazu, dass Deutschland bei der Arbeitsarmut mittlerweile im europäischen Mittelfeld liegt.

**Nicht nur atypisch Beschäftigte betroffen.** Parallel zur Ausbreitung der Arbeitsarmut nahm auch die atypische Beschäftigung kräftig zu, so Seils. Verschiedene Studien belegen, dass befristete Jobs, Leiharbeit, Teilzeitstellen oder Minijobs im Durchschnitt schlechter bezahlt werden als so genannte Normalarbeitsverhältnisse. Allerdings reiche der Boom bei den atypischen Beschäftigungsformen nicht aus, um zu erklären, warum die Zahl der „Working Poor“ so markant gewachsen ist, betont der WSI-Experte: Die Daten zeigten, dass der Trend zu wachsender Arbeitsarmut „gleichsam die Breite des Arbeitsmarktes erfasst hat“.

**Knapp 68 Prozent der Arbeitslosen unter der Armutsgrenze.** Die Quote der von Armut bedrohten Arbeitslosen sank von 2009 auf 2010 zwar um gut zwei Prozentpunkte. Damit blieb sie aber auf dem mit Abstand höchsten Niveau in der EU, wo der Durchschnitt bei rund 46 Prozent liegt. Zudem ist der Anteil der armutsgefährdeten Arbeitslosen in der Bundesrepublik immer noch um 26 Prozentpunkte höher als 2004. Dies habe mit der vierten Hartz-Reform zu tun, erklärt WSI-Forscher Seils. Langzeitarbeitslose seien seit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe schlecht gegen Armut abgesichert. Nach einem Jahr – einer im Vergleich zu etlichen europäischen Nachbarländern relativ kurzen Frist – erhalten Arbeitslose kein einkommensabhängiges Arbeitslosengeld I (ALG I) mehr, sondern nur noch das niedrigere ALG II als Grundsicherung. Und das reiche oft nicht mehr, um das Haushaltseinkommen über der Armutsgrenze zu halten. Die

## Vorbild für Europa?

Armutsgefährdet\* waren Arbeitslose 2010 in ...



\* weniger als 60% des mittleren, bedarfsgewichteten Einkommens nach Sozialleistungen  
Quelle: Seils 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Langzeitarbeitslosen fallen statistisch besonders ins Gewicht, weil sie vom Beschäftigungsaufbau der vergangenen Jahre am wenigsten profitiert haben, so Seils.

Außerdem sieht der Sozialwissenschaftler einen deutlichen Zusammenhang zwischen gewachsener Arbeits- und Arbeitslosenarmut: „Wer bereits in Beschäftigung arm war, wird es als Arbeitsloser erst recht sein.“ Sei es, weil das Einkommen so niedrig war, dass schon das ALG I unter der Grundsicherungsgrenze liegt. Oder weil ein prekär Beschäftigter mit unterbrochenem Erwerbsverlauf nicht lange genug am Stück beschäftigt war, um überhaupt einen Anspruch auf die Versicherungsleistung zu haben.

**Mehr arme Arbeitslose in Südeuropa.** Erstmals schlägt sich in den Eurostat-Daten für 2010 die Krise in Südeuropa nieder. So wuchs in Griechenland der Anteil der armen Arbeitslosen binnen Jahresfrist um knapp 15 Prozent, auch in Italien und Spanien zeigt sich ein – deutlich geringerer – Anstieg. Das werde sich künftig fortsetzen, schätzt Seils. Allerdings dürfte die Erhebung die Zuspitzung der sozialen Situation eher unterzeichnen, glaubt der WSI-Forscher: Einerseits blieben junge Erwachsene ohne Job oder mit geringem Einkommen in diesen Ländern oft bei ihren Eltern wohnen – sie tauchten dann nicht als eigene Haushalte in der Statistik auf. Andererseits könnten bei großflächigen Lohnkürzungen in den Krisenstaaten die Einkommen allgemein sinken. Das dämpfe den Anstieg der 60-Prozent-Armutquote, weil sie sich vom Einkommensmittel ableitet. ◀

\* Eric Seils forscht im WSI zu Verteilung und sozialer Sicherung im internationalen Vergleich.

# Kostendruck dominiert soziale Berufe

Die sozialen Dienste leiden unter knappen Mitteln und wachsenden Aufgaben.

Beschäftigte bringt das regelmäßig an die Grenze ihrer Belastbarkeit.

Mehr als drei Millionen Menschen arbeiten laut Statistischem Bundesamt in Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufen. Die Branchen, in denen sie tätig sind, stehen unter dem Druck einer zunehmenden Ökonomisierung: In den sozialen Diensten setze sich mehr und mehr eine Markt- und Wettbewerbslogik durch, schreiben Volker Hielscher, Lukas Nock, Sabine Kirchen-Peters und Kerstin Blass. Als Beispiel nennen sie die Einführung des Budgetprinzips in der Pflegeversicherung: Unabhängig vom tatsächlichen Hilfebedarf gelte eine feste Grenze für finanzielle Leistungsansprüche. Gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung haben die Wissenschaftler vom Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft Saarbrücken und der Universität Heidelberg untersucht, wie sich der Trend zur Ökonomisierung auf die Arbeitsbedingungen auswirkt.\* Ihr Ergebnis: Altenpfleger, Sozialarbeiter und Erzieherinnen sind konfrontiert mit „Zeitnot, Druck zur Kostenersparnis und Verdichtung der Arbeit“. Darunter leiden die professionellen Ansprüche der Beschäftigten – und ihre Gesundheit.

Die Erkenntnisse der Sozialforscher beruhen auf Fallstudien in der Altenpflege, Jugendhilfe und Kindertagesbetreuung. Insgesamt haben sie 82 Führungskräfte, Arbeitnehmervertreter und Beschäftigte von 16 Einrichtungen in Rheinland-Pfalz und Thüringen interviewt. Zusätzlich führten sie bundesweit eine standardisierte Online-Befragung von fast 1.400 Arbeitnehmern der untersuchten Branchen durch.

**Pflegeheime:** Den größten Ökonomisierungsdruck attestieren die Autoren der stationären Pflege. „Strukturelle Erzeugung von Zeitnot“ führe dort zu steigender Arbeitsverdichtung. Arbeitseinsätze von bis zu zehn Tagen hintereinander und massive Überstunden seien an der Tagesordnung. Aufgaben verschoben sich daher zunehmend in Richtung einer „Satt-und-Sauber-Pflege“, also bloßer körperlicher Grundversorgung. So entstehe eine Diskrepanz zwischen den Sachzwängen der Praxis und dem beruflichen Selbstverständnis der Beschäftigten, die gute, „aktivierende“ Pflege leisten wollen. Die Folge: Bei der Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen schneidet die stationäre Pflege am schlechtesten ab.

**Pflegedienste:** Auch auf die ambulante Pflege wirken sich ökonomische Zwänge immer stärker aus. Das Hauptaugenmerk der Leitungskräfte gelte der Kundenakquise und der Optimierung von Touren, so die Wissenschaftler. Dabei werde das Zeitmanagement systematisch auf die Selbststeuerung der Mitarbeiter verlagert, die selbst abwägen müssen, wie viel Zeit sie pro Patient aufwenden. Ein weit verbreitetes Phänomen ist atypische Beschäftigung: Wegen der individuellen zeitlichen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen kommen im Vergleich zu den anderen untersuchten Branchen besonders viele Teilzeitkräfte zum Einsatz.

**Jugendhilfe:** Den so genannten Allgemeinen Sozialen Dienst schätzen die Forscher generell als einen stressigen Tätigkeitsbereich ein. In letzter Zeit seien wachsende Fallzahlen und immer komplexere Einzelfälle hinzugekommen – bei stagnierenden Personalzahlen. Daher hätten viele Fachkräfte ihre persönliche Kapazitätsgrenze erreicht. Ähnlich wie bei

der stationären Pflege führe die Verdichtung der Arbeit zu einer Verdrängung von Aufgaben: Abstriche müssten Sozialarbeiter in erster Linie bei der Aktivierung der betreuten Jugendlichen machen, also bei der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Stattdessen seien sie gezwungen, vermehrt Druck und Kontrolle auszuüben.

**Kindertagesbetreuung:** Aufgrund der erhöhten politischen Aufmerksamkeit seien zuletzt erhebliche Ressourcen in den Kita-Ausbau geflossen, schreiben die Wissenschaftler. Daher sei der Ökonomisierungsdruck dort im Vergleich zu den anderen untersuchten Branchen eher moderat. Trotzdem gebe es teilweise Engpässe, insbesondere bei Sachmitteln und der Weiterbildung. Erhöhte Anforderungen an die frühkindliche Bildung bedeuteten zusätzlichen zeitlichen Aufwand. Aufgaben wie Planung und Organisation müssten Erzieherinnen zum Teil in der Freizeit erledigen.

## Gestresste Altenpfleger

Arbeit in der stationären Pflege\* zeichnet sich aus durch ...

... ausreichend Personal



... ständigen Zeitdruck



... Zwang zur Kostenersparnis



... zunehmende Arbeitsverdichtung



trifft nicht zu

trifft voll zu

\* 368 befragte Beschäftigte | Quelle: Hielscher u.a. 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Insgesamt machen die Sozialwissenschaftler in allen untersuchten Einrichtungen „Elemente von Verknappung und Vermarktlichung“ aus. Für die Arbeitnehmer bringt das teilweise gesundheitliche Belastungen mit sich: Insbesondere in der Pflege sehen viele Beschäftigte einen Zusammenhang zwischen den Arbeitsbedingungen und gesundheitlichen Problemen. Daher fordern die Autoren der Studie ein Umdenken in der Sozialpolitik: Das „neoliberale Modell“ in den sozialen Diensten schein „insgesamt kontraproduktiv auszufallen – sowohl für die Arbeitssituation der dort Beschäftigten als auch für die Qualität der Dienstleistungen“. Hochwertige Dienstleistungen seien ohne eine angemessene Ressourcenausstattung nicht zu haben. ◀

\* Quelle: Volker Hielscher u. a.: Zwischen Kosten und Anspruch: Das alltägliche Dilemma sozialer Dienstleistungsarbeit, Springer VS, Wiesbaden 2013  
Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);  
**Chefredaktion:** Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,  
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp  
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;  
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;  
**Druck und Versand:**  
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei  
 nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),  
 weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben  
 unter boecklerimpuls.de

## TrendTableau

### ARBEITSMARKT

#### Krise spaltet Europa

So entwickelte sich die Beschäftigung seit 2008\* in ...

Deutschland	+3,2%
Großbritannien	+0,1%
Frankreich	-1,1%
Italien	-2,4%
Spanien	-14,7%

\* 1. Quartal 2008 bis 3. Quartal 2012  
 Europäische Kommission, Januar 2013

### BILDUNG

#### Jeder vierte Azubi kündigt

Von allen Auszubildenden haben ihren Vertrag 2011 vorzeitig gelöst ...

im Handwerk	31,1%
in Industrie und Handel	22,1%
im öffentlichen Dienst	6,1%
<b>insgesamt</b>	<b>24,4%</b>

Statistisches Bundesamt, 2012

### GENDER

#### Immer noch gut ein Fünftel Rückständig

Frauen verdienen so viel weniger als Männer\*

2006	2010	2012
23%	22%	22%

\* gemessen am durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn  
 Statistisches Bundesamt, März 2013

### GESUNDHEIT

#### Weniger Zigaretten

Pro Tag rauchten die Deutschen 2012 ...

225 Mio.	Zigaretten	-5,9%
10 Mio.	Zigarillos und Zigarren	-10,0%
1 Mio.	Pfeifen	+12,4%

Veränderung zum Vorjahr  
 Statistisches Bundesamt, März 2013

### EINKOMMEN

#### Mehrheit will Grenzen für Manager-Gehälter

„Eine Beschränkung der Manager-Gehälter nach Schweizer Vorbild ...

89% ... ist auch in Deutschland nötig“  
 8% ... ist unnötig“

3% weiß nicht/keine Angabe  
 1.003 wahlberechtigte Befragte  
 Infratest Dimap, März 2013

### ARBEITSWELT

#### Berufsunfähigkeit heute meist psychisch bedingt

Gründe für Frühverrentungen waren ...

	2000	2011
psychische Erkrankungen	24%	41%
Muskel-/Skeletterkrankungen	25%	14%
Herz-Kreislauf-erkrankungen	13%	10%
Krebserkrankungen	14%	13%

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Februar 2013

### MITBESTIMMUNG

#### Euro-Betriebsräte nicht nur in Großunternehmen

Unternehmen mit Europäischem Betriebsrat haben ...

weniger als 5.000 Beschäftigte*	37%
5.000 bis 10.000 Beschäftigte	16%
mehr als 10.000 Beschäftigte	37%

\* jeweils in Europa; Rest: unzureichende Daten; Europäisches Gewerkschaftsinstitut 2012

### ZUFRIEDENHEIT

#### Immer bessere Noten fürs Gesundheitssystem

Mit „gut“ oder „sehr gut“ bewerten die Gesundheitsversorgung in Deutschland:

2012	82%
2011	72%
2010	70%
2009	64%
2008	59%

Allensbach-Institut für MLP, Januar 2013

► **ARBEITSWELT:** Für die meisten Minijobber gilt das Arbeitsrecht nur auf dem Papier, in der Praxis werden ihnen wesentliche gesetzliche Ansprüche wie bezahlte Urlaubstage und Entgeltfortzahlung vorenthalten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ar-

beitsministeriums. Demnach haben zwei Drittel der befragten Minijobber noch nie ihren gesetzlichen Jahresurlaub genommen, gut vier von zehn geringfügig Beschäftigten sei der Urlaub vom Arbeitgeber verweigert worden. Bei Krankheit oder an Feiertagen erhielten nur 10 beziehungsweise 14 Prozent der Befragten die gesetzlich vorgeschriebene Entgeltfortzahlung. Vie-

len Minijobbern sei gar nicht bekannt, dass sie einen Anspruch darauf haben.  
 RWI, März 2013

► **ARBEITSMARKT:** Die Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU kostet vor allem Arbeitsplätze in der Mittelschicht. Wie aus einer Eurofound-Studie hervorgeht, gingen von 2008 bis 2010 pro Jahr rund 2,5 Millionen Jobs

in den mittleren Einkommensgruppen verloren. Sowohl im obersten als auch im untersten Einkommensbereich gab es leichte Beschäftigungsgewinne. Allerdings zeige sich eine solche „Polarisierung“ nicht in jedem einzelnen Land. In Deutschland etwa hat nur mittel und besser bezahlte Beschäftigung zugenommen.  
 Eurofound, März 2013